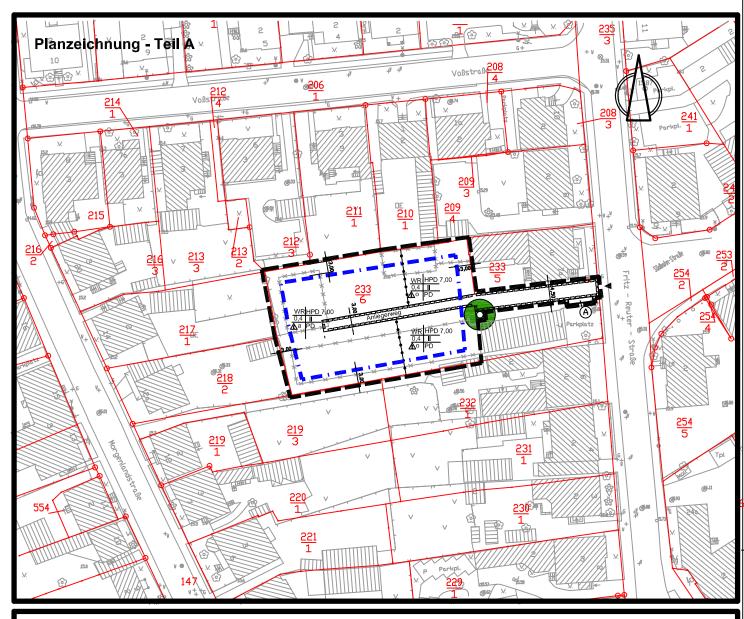


SATZUNG DER STADT NEUBRANDENBURG **VORHABENBEZOGENER** BEBAUUNGSPLAN NR. 30 "Fritz- Reuter- Straße"

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. 1997, Teil I S. 2141; berichtigt BGBI. 1998, Teil I S.137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Europarechtsanpassungs gesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBL I S. 1359), in Kraft am 20. Juli 2004 sowie des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 6. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. Dezember 2003 (GVOBI. M-V S. 690) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 27 Januar 2005 folgende Satzung über den vorhaber bezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "Fritz-Reuter-Straße", bestehend aus der Planzeichnung-Teil A und dem Text-Teil B, erlassen:



Text-Teil B

che Festsetzungen gemäß § 9 BauGB I.V.m. der BauNVO

- Art der baullchen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB Als Art der baullchen Nutzung wird reines Wohngebiet (WR) festgesetzt.
- Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
- en Bauweise ist an die östliche Grundstücksgrenze ohne Abstand heranzubauen .

- 1.3 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden,
 Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

 1.3.1 Die Flächenbefestigung ist auf das funktionell notwendige Maß zu beschränken, z.B. ist für PKWStellflächen eine durchlässige Oberflächenbefestigung (Rasengittersteine o. â.) vorzusehen.

 1.3.2 Niederschlagswasser ist auf den Grundstücken zu verwerten bzw. in Rigolenleitungen längs des
- orivaten Wohnwegs zu versickern. Die Pflege der Rigolen obliegt den Anliegern
- Flächen für Geh-, Fahr- und Leltungsrechte Das festgesetzte Geh-, Fahr und Leitungsrecht umfasst die Befugnis der Stadt Neubrandenburg und der in der Stadt ansässigen Ver- und Entsorgungsunternehmen, unterirdische Leitungen zu rerlegen und zu unterhalten
- Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB
- e Grundstück ist ein kleinkroniger Laubbaum zu pflanzen (Pflanzvorschläge s. Begründung)
- Gehölzschutzsatzung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB

Geholzschutzsatzung gemäli § 9 Abs. 4 BauGB Im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist die Satzung zum Schutz des Gehölzbestandes in der Stadt Neubrandenburg (Gehölzschutzsatzung) anzuwenden. Etwaige Maßnahmen sind mit der Stadt Neubrandenburg, hler Fachbereich Grün- und Freilfächen, abzustimmen. Sofern die Festsetzungen des Bebauungsplans ausdrücklich den Bestimmungen der Gehölzschutzsatzung entgegenstehen, gehen die Festsetzungen des Bebauungsplans vor. (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 26 Abs. 3 LNatG M-V)

- Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 6 Landesbauordnung M-V (LBauO M-V)
- 2.1 Die Außenwandflächen sind als Putzfassaden auszuführen. Hervorzuhebende Bereiche (Eingangszonen, an Balkone und Terrassen angrenzende Flächen) werden durch Verkleidung mit Holz oder holzähnlichen Werkstoffen betont.
- 2.2 Die Dächer sind als Pultdächer auszubilden.

- Dachauf- und -einbauten dürfen sich über maximal ¼ der Dachlänge erstrecken und müssen einen Mindestabstand von 1,0 m zum Ortgang besitzen.
 Salsierte Dacheindeckungen sind nicht zulässig.
 Grundstückseinfriedungen zum Anliegerweg sind nur in Form von Sträuchem, Hecken 2.6 Die auf den seitlichen Grundstücksgrenzen errichteten Gebäudewände sind bis zu einer Höhe von mindestens 3,0 m zu begrünen.

Planzeichenerklärung

1. Art der baullchen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

reines Wohngebiet § 3 BauNVO

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

Höhe baulicher Anlagen §§ 16, 18 BauNV höchster Punkt des Pultdachs über dem Anliegerweg HPD 7,00 m 0.4 Grundflächenzahl (GRZ) § 16 Abs. 2 BauNVO

п Zahl der Vollgeschosse § 16 Abs. 2 BauNVO

3. Bauweise, Baugrenzen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

§ 22 Abs. 2 BauNVO offene Bebauung abwelchende Bebauung § 22 Abs. 4 BauNVO nur Finzelhäuser zulässig 8 22 Abs 2 BauNVO § 23 Abs. 1 BauNVO Baugrenze

4. Verkehrsflächen

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

88 16 18 BauNVO

Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen

5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB



geplanter Baum

6. Sonstige Planzeichen

Geh-,Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der Anlieger der Flurstücke 233/5 und 233/6 § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB Umgrenzung des raumlichen Geltungsbereichs Flurstücksgrenzen mit -numme vorhandener Höhenpunkt auf HN bezogei 15.82 Abbruch baulicher Anlagen Aufstellfläche für Abfallabholung (A)

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Höhe baulicher Anlagen
Grundflāchenzahl	Zahl der Vollgeschosse
Bauweise	Dachform (PD - Pultdach)

Hinweis

- Die Einteilung der Verkehrsflächen ist nicht Gegenstand der Festsetzung.
- Längenmaße und Höhenangaben in Meter, Höhenangaben sind auf HN bezogen.
 Stand Topografie: Oktober 2002 Dezember 2002 Stand Kataster: April 2004

Geltungsbereichsgrenzen

im Norden: Flurstücke 209/4, 210/1, 211/1, 212/3 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg

im Osten: Flurstück 233/5 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg,

Fritz- Reuter-Straße und Grundstück Fritz- Reuter Straße 7 im Süden: Flurstück 219/3 und 232/1 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg Im Westen: Flurstück 217/1 und 218/2 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg

Planungsgebiet: 1800 m²

Rechtsgrundlagen:

- Baugesetzbuch (BauGB) I. d. F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. 1997, Teil I S. 2141; berichtigt BGBI 1998, Teil I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Europarechtsanpassungsgesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBI. I S. 1359), in Kraft am 20. Juli 2004
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI 1S.132), zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaular vom 22. April 1993 (BGBI.IS.466)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitplane und die Darstellung des Planinhalts
- (Planzelchenverordnung) I. d. F. vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 Tell I S. 58)

 Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) I. d. F. der Bekanntmachung vom 6. Mal 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612), zuletzt geandert durch das Gesetz vom 16. Dezember 2003 (GVOBI, M-V S, 690)
- Gesetz über die Raumordnung und Landesplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesplanungsgesetz LPIG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 20. Mai 1998 (GS M-V GI. Nr. 230-1; GVOBI. M-V S.503)
- Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 13. Januar 1998 (GVOBI. M-V S. 29, ber. 890), zuletzt geändert durch das
 Gesetz vom 26. Februar 2004 (GVOBI. M-V S. 61), in Kraft am 4. März 2004
- Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg vom 8. August 2002 i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. August 2002 (Stadtanzeiger Nr. 11, 11. Jahrgang), zuletzt geandert durch Beschlus der Stadtvertretung vom 27. Mal 2004, In Kraft am 1. Juli 2004 (Stadtanzeiger Nr. 8,

- Aufgestellt aufgrund des Einleitungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 3 und des § 3 Abs. 1 BauGB) der ing vom 27. Mai 2004. Die ortsübliche Bekanntmach una des Einleitunast § 2 Abs. 1 S. 2 Bau GB i.V.m.§ 15 der Hauptsatzung durch Abdruck im Stadtanzeiger am 2. Juni 2004 erfolgt.
- Die für Raumordnung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 3 Nr. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) am 2. Juni 2004 beteiligt worden. In diesem Rahmen erfolgte gleichzeitig die Anzeige gemäß § 17 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG).
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist vom 10. Juni bis 24. Juni 2004
- Die Abstimmung über die Bebauungsplane mit den benachbarten Gemeinden ist gemaß § 2 Abs. 2 BauGB am
- Die von der Flanung berührten Trager öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom 10. Juni 2004 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
- Die Stadtvertretung hat gemaß § 3 Abs. 2 BauGB am 26. August 2004 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit der Begründung beschlossen und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung, haben in der Zeit vom 23. September 2004 bis zum 25. Oktober 2004 während der Dienstzeiten in der Stadtverwaltung Neubrandenburg, Friedrich-Engels-Ring 53, Fachbereich Stadtentwicklung, Abteilung Bauleitplanung, gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist gemäß § 3 Abs. 2 S. 2 BauGB mit dem Hilmwels, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 15. September 2004 in Stadtsprächer ordstüblich bekannbemacht worden. ber 2004 im Stadtanzeiger ortsüblich bekanntgemacht worden
- Der katastermäßige Bestand wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1: 1000 vorliegt.Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

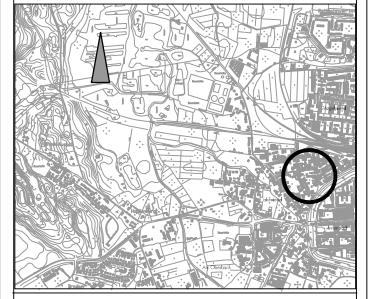
- Die durch die Planung berührten Trager offentlicher Belange sind gemaß § 3 Abs. 2 S. 3 BauGB am 15. September 2004 von der öffentlichen Auslegung unterrichtet worde
- Die Stadtvertretung hat die gemäß § 3 Abs. 2 S. 4 I. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 und § 1 Abs. 6 BauGB vorgebrachten Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis ist gemäß § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitgeteilt worden.
- ogene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Tell A) und dem Text (Tell B), wurde gemäß § 10 Abs. 1 BauGB am 27. Januar 2005 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom 27. Januar 2005 gebilligt.
- Die Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit gemäß § 5 Abs. 4 S. 1 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommem (KV M-V) ausgefertigt.

Neubrandenburg. 10. Februar 2005

gez. Dr. Kruger

Der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jeden Der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 und 4 BauGB i.V.m. § 15 der Hauptsatzung am 23. Februar 2005 im Stadtanzeiger ortsüblich bekannt gemacht woren. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214 I. BauGB) und weter auf Fälligkeit und Edischen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmung des § 5 Abs. 5 KV M-V hingewiesen worden. Die Satzung ist gemäß \$10 Abs 3 S. 4 BauGB mit Ablauf des 23. Februar 2005 in Kraft getreten.

Übersichtsplan



STADT NEUBRANDENBURG

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 30 "Fritz- Reuter- Straße"

Gemarkung Neubrandenburg, Flur 11

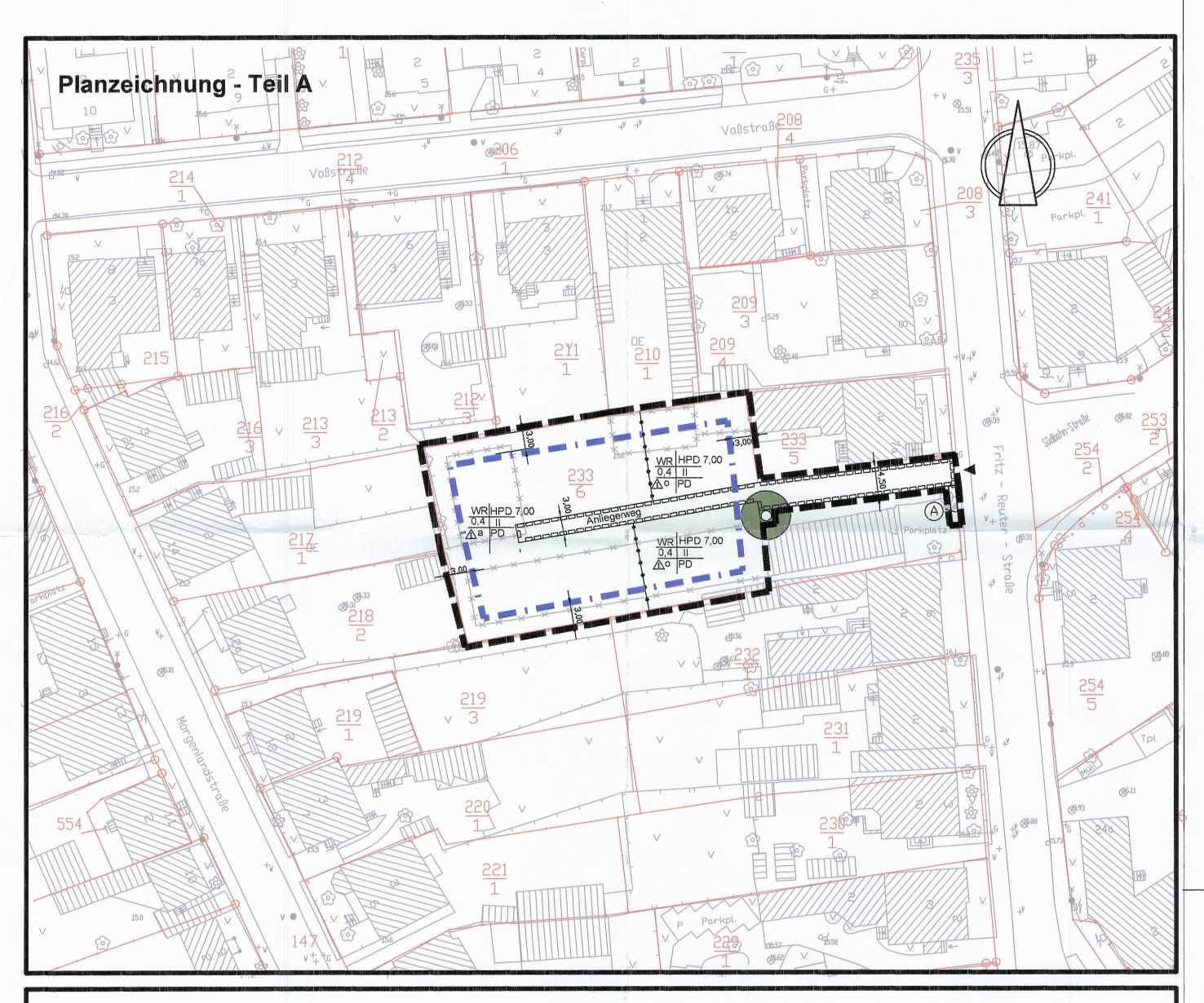
Fachbereich Stadtentwicklung,

Bearbeltungsstand: Oktober 2004



SATZUNG DER STADT NEUBRANDENBURG VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 30 "Fritz- Reuter- Straße"

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs i. d. F. der Bekanntmachung vom 27, August 1997 (BGBI. 1997, Teil I S. 2141; berichtigt BGBI. 1998, Teil I S.137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Europarechtsanpassungsgesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBI. I S. 1359), in Kraft am 20. Juli 2004 sowie des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 6. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. Dezember 2003 (GVOBI. M-V S. 690) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom folgende Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 30 "Fritz-Reuter-Straße", bestehend aus der Planzeichnung-Teil A und dem Text-Teil B, erlassen:



Text-Teil B

1.Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB i.V.m. der BauNVO

- 1.1 Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
- 1.1.1 Als Art der baulichen Nutzung wird reines Wohngebiet (WR) festgesetzt.
- 1.2 Bauweise gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
- 1.2.1 In der abweichenden Bauweise ist an die östliche Grundstücksgrenze ohne Abstand heranzubauen
- 1.3 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
- 1.3.1 Die Flächenbefestigung ist auf das funktionell notwendige Maß zu beschränken, z.B. ist für PKW-
- Stellflächen eine durchlässige Oberflächenbefestigung (Rasengittersteine o. ä.) vorzusehen. 1.3.2 Niederschlagswasser ist auf den Grundstücken zu verwerten bzw. in Rigolenleitungen längs des privaten Wohnwegs zu versickern. Die Pflege der Rigolen obliegt den Anliegern.
- 1.4 Flächen für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte
- 1.4.1 Das festgesetzte Geh-, Fahr und Leitungsrecht umfasst die Befugnis der Stadt Neubrandenburg und der in der Stadt ansässigen Ver- und Entsorgungsunternehmen, unterirdische Leitungen zu verlegen und zu unterhalten.
- 1.5 Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB
- 1.5.1 Je Grundstück ist ein Laubbaum mittlerer Größe zu pflanzen (Pflanzvorschläge s. Begründung)
- 1.6 Gehölzschutzsatzung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB Im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist die Satzung zum Schutz des Gehölzbestandes in der Stadt Neubrandenburg (Gehölzschutzsatzung) anzuwenden. Etwaige Maßnahmen sind mit der Stadt Neubrandenburg,hier Fachbereich Grün- und Freiflächen, abzustimmen. Sofern die Festsetzungen des Bebauungsplans ausdrücklich den Bestimmungen der Gehölzschutzsatzung entgegenstehen, gehen die Festsetzungen des Bebauungsplans vor. (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 26 Abs. 3 LNatG M-V)

- 2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 6 Landesbauordnung M-V (LBauO M-V)
- 2.1 Die Außenwandflächen sind als Putzfassaden auszuführen. Hervorzuhebende Bereiche (Eingangszonen, an Balkone und Terrassen angrenzende Flächen) werden durch Verklei-
- dung mit Holz oder holzähnlichen Werkstoffen betont. 2.2 Die Dächer sind als Pultdächer auszubilden.
- 2.3 Dachauf- und -einbauten dürfen sich über maximal $\frac{1}{4}$ der Dachlänge erstrecken und müssen einen Mindestabstand von 1,0 m zum Ortgang besitzen.
- 2.4 Glasierte Dacheindeckungen sind nicht zulässig.
- 2.5 Grundstückseinfriedungen zum Anliegerweg sind nur in Form von Sträuchern, Hecken oder anderen Pflanzungen bis 1,0 m Höhe zulässig.
- 2.6 Die auf den seitlichen Grundstücksgrenzen errichteten Gebäudewände sind bis zu

einer Höhe von mindestens 3,0 m zu begrünen.

Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

§ 3 BauNVO reines Wohngebief

2. Maß der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

§§ 16, 18 BauNVO Höhe baulicher Anlagen HPD 7.00 m höchster Punkt des Pultdachs über dem Anliegerweg

0.4 Grundflächenzahl (GRZ) § 16 Abs. 2 BauNVO Zahl der Vollgeschosse § 16 Abs. 2 BauNVO

3. Bauweise, Baugrenzen § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

§ 22 Abs. 2 BauNVO offene Bebauung abweichende Bebauung § 22 Abs. 4 BauNVO

nur Einzelhäuser zulässig § 22 Abs. 2 BauNVO § 23 Abs. 1 BauNVO Baugrenze

4. Verkehrsflächen

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen

5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB



geplanter Baum

6. Sonstige Planzeichen

Geh-,Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der Anlieger der Flur-§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB stücke 233/5 und 233/6

Umgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs Flurstücksgrenzen mit -nummer

des vorhabenbezogenen Bebauungsplans § 9 Abs. 7 BauGB

(PD - Pultdach)

vorhandener Höhenpunkt auf HN bezogen

Abbruch baulicher Anlagen

Aufstellfläche für Abfallabholung

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Höhe baulicher Anlagen
Grundflächenzahl	Zahl der Vollgeschosse
Bauweise	Dachform

Hinweis

- Die Einteilung der Verkehrsflächen ist nicht Gegenstand der Festsetzung.
- Längenmaße und Höhenangaben in Meter, Höhenangaben sind auf HN bezogen. Stand Topografie: Oktober 2002 - Dezember 2002 Stand Kataster: April 2004

Geltungsbereichsgrenzen

im Norden: Flurstücke 209/4, 210/1, 211/1, 212/3 der Flur 11, Gemarkung

Neubrandenburg

im Osten: Flurstück 233/5 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg,

Fritz- Reuter-Straße und Grundstück Fritz- Reuter Straße 7 im Süden: Flurstück 219/3 und 232/1 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg

im Westen: Flurstück 217/1 und 218/2 der Flur 11, Gemarkung Neubrandenburg

Planungsgebiet: 1800 m²

Rechtsgrundlagen:

14. Jahrgang)

- Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. 1997, Teil I S. 2141; berichtigt BGBI 1998, Teil I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Europarechtsanpassungsgesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBI. I S. 1359), in Kraft am 20. Juli 2004 - Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S.132), zuletzt geändert durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBI, I S.466)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) i. d. F. vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 Teil I S. 58) - Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) i. d. F. der Bekanntmachung vom 6. Mai 1998 (GVOBI. M-V S.468, 612), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. Dezember 2003 (GVOBI. M-V S. 690)

- Gesetz über die Raumordnung und Landesplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesplanungsgesetz LPIG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 20. Mai 1998 (GS M-V GI. Nr. 230-1; GVOBI. M-V S.503) - Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) i. d. F. der Bekannt -

machung vom 13. Januar 1998 (GVOBI. M-V S. 29, ber. 890), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Februar 2004 (GVOBI. M-V S. 61), in Kraft am 4. März 2004 - Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg vom 8. August 2002 i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. August 2002 (Stadtanzeiger Nr. 11, 11. Jahrgang), zuletzt geändert durch Beschluss der Stadtvertretung vom 27. Mai 2004, in Kraft am 1. Juli 2004 (Stadtanzeiger Nr. 8,

Bearbeitungsstand: August 2004

- Aufgestellt aufgrund des Einleitungsbeschlusses (§ 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 3 und des § 3 Abs. 1 BauGB) der Stadtvertretung vom 27. Mai 2004 . Die ortsübliche Bekanntmachung des Einleitungsbeschlusses ist gemäß § 2 Abs. 1 S. 2 Bau GB i.V.m.§ 15 der Hauptsatzung durch Abdruck im Stadtanzeiger am 2. Juni 2004 erfolgt.
- Die für Raumordnung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 3 Nr. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) am 2. Juni 2004 beteiligt worden. In diesem Rahmen erfolgte gleichzeitig die Anzeige gemäß § 17 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG).
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist vom 10. Juni bis 24. Juni 2004
- Die Abstimmung über die Bebauungspläne mit den benachbarten Gemeinden ist gemäß § 2 Abs. 2 BauGB am 10. Juni 2004 erfolgt.
- Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom 10. Juni 2004 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
- Die Stadtvertretung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB am 26. August 2004 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit der Begründung beschlossen und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung, haben in der Zeit vom bis zum Dienstzeiten in der Stadtverwaltung Neubrandenburg, Friedrich-Engels-Ring 53, Fachbereich Stadtentwicklung, Abteilung Bauleitplanung, gemäß § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist gemäß § 3 Abs. 2 S. 2 BauGB mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am
- Der katastermäßige Bestand wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1: 1000 vorliegt.Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Neubrandenburg, 29.07.2004

ortsüblich bekanntgemacht worden.

Verfahrensvermerke

gez. i.A. Bastian Leiter des Katasteramtes

Die durch die Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 S. 3 BauGB am 15. September 2004 von der öffentlichen Auslegung unterrichtet worden.

10. Die Stadtvertretung hat die gemäß § 3 Abs. 2 S. 4 i. V. m. § 4 Abs. 3 S. 1 und § 1 Abs. 6 BauGB vorgebrachten Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am Das Ergebnis ist gemäß § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitgeteilt worden.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde gemäß § 10 Abs. 1 BauGB am von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom

Die Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit gemäß § 5 Abs. 4 S. 1 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern Neubrandenburg, Der Oberbürgermeister

Der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, ist gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 und 4 BauGB i.V.m. § 15 der Hauptsatzung am im Stadtanzeiger ortsüblich bekannt gemacht woren. In der

Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214 f. BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmung des § 5 Abs. 5 KV M-V hingewiesen worden. Die Satzung ist gemäß §10 Abs 3 S. 4 BauGB mit Ablauf des

Ubersichtsplan



STADT NEUBRANDENBURG

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 30 "Fritz- Reuter- Straße"

Entwurf

Gemarkung Neubrandenburg, Flur 11

Fachbereich Stadtentwicklung, Abteilung Bauleitplanung

M 1: 500